



fonction publique

numéro 65, décembre 2024
paraît 6 fois par an
13^{ème} année



compact



58. VORSTÄNDEKONFERENZ DER CGFP

„DIE REGIERUNG HAT KEINEN WÄHLERAUFTRAG FÜR EINE RENTENREFORM“

Die diesjährige Vorstandskonferenz war geprägt von der 115-Jahr-Feier der Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst. Gleichzeitig wurden deutliche Botschaften an die Politik gesendet. Grundlegende Gewerkschaftsrechte dürfen nicht infrage gestellt werden, unterstrichen die Redner. An die Regierung ging die ausdrückliche Warnung, keine Rentenreform vorzunehmen. Andernfalls drohe ein massiver Widerstand.

„Heute ist ein besonderer Tag“, mit diesen Worten begrüßte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff die rund 400 Delegierten und vielen Ehrengäste, darunter den Minister

für den öffentlichen Dienst Serge Wilmes, CGFP-Ehrengeneralsekretär Joseph Daleiden sowie zahlreiche Abgeordnete. Bei seinem Exkurs in die Vergangenheit ging Wolff auf die

Höhepunkte der Gewerkschaftsbewegung im Staatsdienst ein, die 1967 in der Gründung der heutigen CGFP mündeten.

Anschließend zeichnete der CGFP-Vorsitzende einige rote Linien auf. Trotz der jüngsten Prognosen, laut denen die Reserven des Fonds de compensation, bis 2025 von 27 auf 30 Milliarden Euro ansteigen werden, habe die Regierung ohne jeglichen Handlungsbedarf eine Rentendebatte entfacht. Obwohl die CSV und die DP den Bürgern damals im

Fortsetzung siehe Seite 3

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/700

Wie kann man Gutes tun?

1. Mittels einer großzügigen Spende – gelegentlich oder regelmäßig – an das CGFP-Hilfswerk.
2. Zudem: Wenn Sie ein gutes oder weniger gutes Ereignis in Ihrer Familie oder in Ihrem Freundeskreis haben, dann können Sie Ihren Glückwünschen oder Ihrer Anteilnahme durch eine dem Anliegen entsprechende Spende an das CGFP-Hilfswerk Ausdruck verleihen.

Somit bekunden Sie aus Solidarität Ihre konkrete Verbundenheit mit vielen Bedürftigen dieser Welt.



Fondation CGFP de Secours

(agrée par arrêté grand-ducal du 19 octobre 1995)

CCPLLULL: LU46 1 1 1 1 0733 4614 0000

(Die Geldspenden sind steuerlich absetzbar und werden dem Spender zertifiziert.)

L'ÉVASION EST PROCHE

LUX VOYAGES CGFP,

une agence de voyage complète à votre service:

- Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger
- Voyages organisés
- Billets d'avion, de train et de bateau
- Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier
- Tarif spécial pour les membres de la CGFP



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal)
L-2449 Luxembourg • Tél. 47 00 47 - 1
Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h
et le samedi de 9 à 13 h

OUVERT: LE SAMEDI MATIN



Fortsetzung von Seite 1

Wahlkampf ihre diesbezüglichen Absichten verschwiegen hätten, seien die Renten nach den Parlamentswahlen plötzlich zum Topthema erklärt worden. Dies stelle einen Betrug am Wähler dar. Die Regierung habe keinen Wählerauftrag erhalten, um eine Reform durchzuführen und Verschlechterungen bei der Altersvorsorge zu beschließen. Zudem sei es schwer vorstellbar, dass die Koalition noch nicht wisse, wohin die Reise führen soll.

„Eine völlig abstruse Idee“

Da die Regierung nicht in der Lage sei, weitaus dringendere Probleme wie z.B. die Wohnungskrise anzugehen, sei die „völlig abstruse Idee“ entstanden, eine Rentendiskussion auszulösen. Gleichzeitig sei versucht worden, Neid zwischen dem Privatsektor und dem öffentlichen Dienst zu schüren. Romain Wolff erinnerte an die Geschehnisse der 90er-Jahre. Damals seien erhebliche Verschlechterungen bei den Pensionen zulasten vieler Staatsbediensteter beschlossen worden. Zehntausende Menschen hätten ihren Unmut auf der Straße kundgetan.

Falls die Regierung erneut darauf abzielen würde, das bestehende Pensionssystem beim Staat, den Gemeinden und den CFL zu zerschlagen, werde sich die CGFP mit all ihren Kräften und den ihr zur Verfügung stehenden gewerkschaftlichen Mitteln vehement gegen eine Reform zur Wehr setzen, dies umso mehr, wo die Armutsquote bei den älteren Mitmenschen in den letzten zehn Jahren von 4 % auf 10 % gestiegen sei. Die CGFP sei jetzt schon dabei, die nötigen Vorkehrungen für einen massiven Widerstand zu treffen.

Nicht hinnehmbare Praktiken

CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger oblag es, die Dringlichkeiten aufzulisten, die die Regierung angehen muss. Die politisch Verantwortlichen würden bei jeder Gelegenheit unterstreichen, wie wichtig ihnen der Sozialdialog sei, ohne jedoch Taten folgen zu lassen. Die Tatsache, dass die national repräsentativen Gewerkschaften – darunter die CGFP – beim „Logements-“ und beim „Energiedesch“ ausgeschlossen worden seien, bezeichnete Heiliger als einen wahren „Fauxpas“. Die CGFP werde solche Praktiken nicht länger hinnehmen.

Auch in Bezug auf den öffentlichen Dienst erweise sich der Sozialdialog als schwierig. Sowohl die Schlichtung als auch die Mediation seien ein gewerkschaftliches Grundrecht, das nicht angetastet werden dürfe. Erst kürzlich sei ein sektorieller Konflikt, der von einer CGFP-Mitgliedsorganisation eingeleitet worden war, mit fadenscheinigen Argumenten für unzulässig erklärt worden.

Es könne nicht angehen, dass Staatsbedienstete, die über kein Streikrecht verfügen, nach gescheiterten Verhandlungen kein Anrecht auf



ein Schlichtungsverfahren haben. Die CGFP habe diesbezüglich den Premierminister und den Beamtenminister am vergangenen 22. Oktober aufgesucht, um Klarheit zu schaffen. Bislang sei immer noch kein festes politisches Bekenntnis zur Stärkung des Sozialdialogs erfolgt. An die Regierung gehe deshalb der eindringliche Aufruf, zeitnah eine vernünftige Lösung vorzulegen.

Trotz eines doppelten Einkommens hätten immer mehr Menschen Schwierigkeiten, ihren Lebensunterhalt zu finanzieren, fuhr Heiliger fort. Angesichts dieser Tatsache wäre es sinnvoll gewesen, den in der Tripartite beschlossenen Energiepreisdeckel bis Ende kommenden Jahres im vollen Umfang zu verlängern. Zudem äußerte Steve Heiliger Zweifel daran, dass die längst überfällige große Steuerreform noch in dieser Legislaturperiode verwirklicht werde.

Neben den oben erwähnten Themenfeldern müsse sich die Politik weiteren Prioritäten widmen, hieß es weiter. Neben der Gesundheitspolitik und dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit würden auch die Umwelt- und Verteidigungspolitik dazu zählen.

Mit Blick auf die Gehälterverhandlungen betonte der CGFP-Generalsekretär, dass das wirtschaftliche Umfeld angesichts der steigenden

öffentlichen Finanzen und des rückläufigen Defizits des Zentralstaats günstig sei. Der Staat habe Ende September einen Anstieg der Einnahmen um 2,6 Milliarden Euro im Vergleich zu 2023 verzeichnet. Angesichts des rückläufigen Defizits tendiere die Staatsschuld dazu, sich zu stabilisieren. Nach Überzeugung der CGFP sei dieses Mal eine substantielle Punktwertserhöhung unumgänglich.

In seiner kurzen Ansprache bezog der Minister für den öffentlichen Dienst keine Stellung zu den CGFP-Forderungen. In den Diskussionen sei der Dachverband der Staatsbediensteten entschlossen, aber konstruktiv, schlussfolgerte Serge Wilmes. Die CGFP könne auf den Dialog mit der Regierung zählen, damit im Staatsdienst auch in Zukunft weiterhin die bestmöglichen Arbeitsbedingungen herrschen würden.

Die 115-Jahr-Feierlichkeiten wurden von der Big Band der Militärmusik musikalisch umrahmt. Die Ehrengäste und zahlreichen Delegierten ließen den Abend mit einem anschließenden Cocktail-Dinner ausklingen.

Wir werden in der Januar-Ausgabe von „fonction publique“ ausführlicher über die jüngste „Conférence des Comités“ berichten.

Max Lemmer



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**
488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg
Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29
E-mail: cgfp@cgfp.lu
Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1
Impression: SNE-Editions S.à.r.l.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.



Schéi Feierdeeg an alles Guddes fir 2025 !

D'ganz Equipe vun CGFP Assurances seet lech
Merci fir Äert Vertrauen a mir freeën eis och
an Zukunft fir lech do ze sinn, fir lech an Äre Besëtz
beschmeiglech of ze sécheren.

CGFP Assurances S.A.
18, rue Érasme, L-1468 Luxembourg
Tél. 27 04 28 01, info@cgfp-assurances.lu

cgfp-assurances.lu

CGFP-Exekutive im Amt bestätigt

Der CGFP-Nationalvorstand befasste sich in seiner jüngsten Sitzung am vergangenen 9. Dezember mit der Erneuerung der CGFP-Führungsgremien. In einer geheimen Wahl wurde die siebenköpfige Exekutive für weitere vier Jahre bestätigt.

Romain Wolff, der vor acht Jahren den CGFP-Vorsitz übernahm, wurde auf seinem Posten bestätigt. Darüber hinaus wird Wolff weiterhin die Geschicke der *Chambre des fonctionnaires et employés publics* (CHFEP) leiten. Zudem wirkt er auf europäischer Ebene als Präsident der *European Confederation of Independent Trade Unions* (CESI), zu deren Gründungsmitgliedern die CGFP zählt.

Ebenfalls bestätigt wurde CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger, der diesen Posten seit 2016 bekleidet. Heiliger, der zudem Präsident des Wirtschafts- und Sozialrats ist, führt weiterhin den Vorsitz der „*Association des Employés de l'État*“ (AEE).

In seinem Amt bestätigt wurde auch der Erste CGFP-Vizepräsident Claude Heiser. Gleiches gilt für den Vizepräsidenten Gilbert Goergen, der zugleich Vizepräsident der CHFEP ist und an der Spitze der „*Caisse Médico-Complémentaire Mutualiste*“ steht. Des Weiteren führt Goergen beim Syndicat des P&T und der FGEC den Vorsitz. Patrick Remakel, Präsident der Lehrergewerkschaft SNE/CGFP, wurde als CGFP-Finanzverwalter erneut das Vertrauen ausgesprochen. Christian Schleck, Präsident der Armeegewerkschaft SPAL und des SPFP, sowie Karin Jaffke, Vorsitzende der Berufsorganisation der „*Spuerkeess*“-Mitarbeiter (APBCEE), wurden als Assessoren bestätigt. Neu besetzt wurde auch das Exekutivkomitee.

Die CGFP-Exekutive wird alle vier Jahre erneuert. In Anbetracht des vielfältigen Handlungsfeldes und des steigenden Arbeitsaufwands hatte der CGFP-Nationalvorstand vor drei Jahren beschlossen, die Exekutive zu erweitern. Seitdem gehören nicht mehr fünf, sondern sieben Mitglieder diesem Gremium an.

Eine sehenswerte Bilanz

Die Bilanz der CGFP-Exekutive im Laufe der vergangenen Jahre ist beachtlich. So setzte sich die CGFP z.B. in mehreren zähen Tripartite-Runden erfolgreich für die Stärkung der Kaufkraft der Bürger ein. Sie war maßgeblich am Erhalt des Indexmechanismus und an der Einführung der Energiepreisbremse beteiligt.

Mit der vorigen Regierung hatte sich die CGFP auf ein Gehälterabkommen geeinigt, das neben Punktwert erhöhungen u.a. die Abschaffung des Bewertungssystems im öffentlichen Dienst beinhaltet. Zudem hat der Premierminister der CGFP im vergangenen Sommer schrift-



CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff (Mitte) umgeben von Christian Schleck (Assessor), Gilbert Goergen (Vizepräsident), Steve Heiliger (Generalsekretär), Claude Heiser (Erster Vizepräsident), Patrick Remakel (Finanzverwalter) und Karin Jaffke (Assessorin).

lich versichert, dass die Regierung in dieser Legislaturperiode keinen Gesetzentwurf zur Wiedereinführung des Bewertungssystems in einer staatlichen Verwaltung einreichen wird.

Im vergangenen April setzte sich die CGFP mit einer erfolgreichen Protestkundgebung gegen den von der Regierung begangenen Vertragsbruch durch. Anschließend wurde der Dialog zwischen der CGFP und dem zuständigen Ministerium wieder aufgenommen, sodass seitdem viele Punkte, die den öffentlichen Dienst betreffen, vorangetrieben wurden.

Ein eingespieltes Team

Hinsichtlich ihrer Grundausrichtung wird die CGFP ihrer Linie treu bleiben. Sie legt dabei großen Wert auf ihre parteipolitische Unabhängigkeit und ideologische Neutralität. Die sieben Mitglieder der CGFP-Exekutive sind ein erfahrenes und gut eingespieltes Team, in dem die Kompetenzbereiche klar aufgeteilt sind.

Dies ist auch notwendig, denn an Herausforderungen fehlt es wahrlich nicht. Dazu zählen die Anfang kommenden Jahres bevorstehen-

den Gehälterverhandlungen mit der Regierung. Die CGFP wird sich mit aller Entschlossenheit und viel Verhandlungsgeschick für noch bessere Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst einsetzen. Zudem wird sie für eine Stärkung der Kaufkraft eintreten. Gefordert wird u.a. eine substanzielle Punktwerthöhung für alle Staatsbediensteten.

Sollte es sich als erforderlich erweisen, wird die CGFP erbitterten Widerstand gegen jegliche Versuche leisten, die darauf abzielen, erworbene soziale Errungenschaften infrage zu stellen. Abzuwarten bleibt, welche Schlussfolgerungen die Regierung aus den Rentendiskussionen ziehen wird. Für die CGFP steht jedoch jetzt schon fest, dass sie niemals einem Angriff auf das Pensionssystem zustimmen wird.

Ganz oben auf der CGFP-Agenda stehen auch die im kommenden März stattfindenden Sozialwahlen im öffentlichen Dienst. Die CGFP wird keine Mühe scheuen, ihre führende Rolle im öffentlichen Dienst zu verteidigen bzw. auszubauen. ml



COURS DE FORMATION ET D'APPUI SCOLAIRES

Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS

ACCUEIL TÉLÉPHONIQUE: mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30, mercredi: de 14h30 à 16h30, jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30
Tél.: 26 77 77 77 - afas@cgfp-services.lu ■ <https://www.cgfp-services.lu/services/afas>

AFAS CGFP
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.



Rundes Jubiläum für die Berufskammer der Staatsbediensteten

Die *Chambre des fonctionnaires et employés publics* (CHFEP) feierte am vergangenen 20. November im festlichen Rahmen des *Cercle Cité* ihr 60-jähriges Bestehen.

In seiner Begrüßungsansprache hieß CHFEP-Vizepräsident Gilbert Goergen die rund 200 Gäste herzlich willkommen, unter ihnen Parlamentspräsident Claude Wiseler, Premierminister Luc Frieden, der langjährige CHFEP-Vorsitzende Joseph Daleiden und CESI-Generalsekretär Klaus Heeger. Seit ihrer Gründung zeichne sich die CHFEP durch Kompetenz und Zuverlässigkeit aus und habe somit in all den Jahren ein hohes Ansehen erlangt, so Goergen. Unter der

Leitung des engagierten Direktors Georges Trauffer seien die hoch motivierten Mitarbeiter stets darum bemüht, die an sie gerichteten Anforderungen im Interesse des öffentlichen Dienstes und des Landes mit äußerster Sorgfalt zu erfüllen.

Teilweise kritische Töne

Auch wenn eine akademische Feier in der Regel weniger dazu genutzt wird, Tadel auszusprechen, ließen es sich die jeweiligen Redner nicht nehmen, teilweise kritische Äußerungen zu machen. CHFEP-Präsident Romain Wolf forderte, dass die Politik der gesetzgeberischen Arbeit der CHFEP mehr Aufmerksamkeit schenkt. Die

fundierten Gutachten der Berufskammer müssten stärker berücksichtigt werden. Auf diese Weise würden sich Ungereimtheiten, die sich ab und zu in die Gesetzentwürfe einschleichen, von Beginn an ausschließen lassen.

Im Übrigen sei es bereits vorgekommen, dass die Regierung die CHFEP nicht um eine Stellungnahme gebeten habe, obwohl das betreffende Anliegen den öffentlichen Dienst direkt betroffen habe. Diese Aussage bezog sich auf die Änderungsanträge zur Armeereform, bei der die zuständige Berufskammer übergangen wurde. Eine solche Vorgehensweise sei nicht hinnehmbar, betonte Romain Wolff. Die



CHFEP habe sich entsprechend zur Wehr gesetzt und in eigener Initiative ein Gutachten eingereicht.

In der neuen Verfassung seien die Berufskammern als eigenständige Einrichtungen verankert, dies mit dem expliziten Verweis, dass sie nicht unter staatlicher Vormundschaft stünden. Einige Bestimmungen des Gesetzes der Berufskammern, die bereits vor der Verfassungsreform längst überholt gewesen seien, würden jetzt noch absurder erscheinen, fuhr der CHFEP-Präsident fort. Zudem sei es unfassbar, dass der Berufskammer aller Staatsbediensteten nach wie vor keine Angaben über ihre Mitglieder zur Verfügung stünden.

Am vergangenen 12. Juli wurde das Gesetz zur Reform der CHFEP einstimmig verabschiedet. Ziel war es, die Funktionsweise zu vereinfachen und die Zusammensetzung zu ändern, um somit der Vielfalt des öffentlichen Dienstes und der Entwicklung des Personalzuwachses Rechnung zu tragen. Die Reform bewirkt, dass die Zahl der Vollmitglieder von 27 auf 29 steigen wird. Gleiches gilt für die Stellvertreter. Diese werden sich auf zehn statt wie bisher acht Berufsgruppen verteilen.

Des Weiteren wurde auch das Wahlverfahren geändert. Die Feuertaufe steht im März kommenden Jahres anlässlich der Sozialwahlen im öffentlichen Dienst an. Am 2. Dezember wurde die Liste der Wahlberechtigten festgelegt. Stichtag für das Einreichen der Kandidaturen ist der 27. Januar. Für die Gewerkschaften seien die Sozialwahlen ein sehr wichtiger Moment, wenn nicht sogar der wichtigste im Kalender, unterstrich Romain Wolff, der zugleich auch CGFP-Präsident ist.

CHFEP: Ein unumgänglicher Akteur

60 Jahre nach ihrer Entstehung ist die CHFEP im institutionellen Umfeld nicht mehr wegzu-denken. Mittlerweile zählt sie beinahe 64.000 Mitglieder aus dem staatlichen und kommunalen Sektor. In seiner Rede erläuterte Wolff das vielfältige Tätigkeitsfeld der CHFEP.

So wird die Berufskammer u.a. von der Regierung damit beauftragt, Gesetzentwürfe und großherzogliche Verordnungen zu begutachten. Dabei geht es vorwiegend um Anliegen, die den öffentlichen Dienst und den kommunalen Sektor betreffen. Die CHFEP befasst sich jedoch auch mit Textvorlagen, die allgemeiner Natur sind. Im Blickpunkt steht dabei jedes Jahr der Gesetzentwurf zum Staatshaushalt. Zudem ist die CHFEP dazu ermächtigt, Reformen vorzuschlagen, die von der Regierung analysiert und im Parlament vorgetragen werden. Eine weitere Mission besteht darin, sicherzustellen, dass die Gesetze und Verordnungen ordnungsgemäß umgesetzt werden. Zudem wacht sie darüber, dass die Examen im öffentlichen Dienst nach bestehendem Recht durchgeführt werden.

Eine bewegende Vorgeschichte

Im Rahmen des 60-jährigen Jubiläums ging Romain Wolff auch auf die beeindruckende Entstehungsgeschichte der CHFEP ein. „60 Jahre, aus denen man 100 hätte machen können“, betonte der CHFEP-Vorsitzende. Bei der Gründung der ersten Berufskammern im Jahr 1924 sei der Staatsdienst wegen der damals ablehnenden Haltung des Staatsrats ausgeklammert worden. Die Schaffung der Berufskammern beruhe nicht auf Forderungen der Berufsorganisationen, sondern auf einer Initiative der damaligen politischen Verantwortlichen. In der von wirtschaftlichen und sozialen Problemen geprägten Nachkriegszeit sei die Idee entstanden, die Sozialpartner direkt in den Gesetzgebungsprozess einzubinden. Der öffentliche Dienst sei jedoch 40 Jahre lang hingehalten und diskriminiert worden, so Wolff.

In all dieser Zeit hatte der Staatsbeamtenverband, aus dem später die heutige CGFP hervor ging, auf die Einrichtung einer Berufskammer für den öffentlichen Dienst gepocht. Der unermüdliche Einsatz zahlte sich aus. 1959 wurde die Vorlage des entsprechenden Gesetzentwurfs eingereicht. Bis zur Verabschiedung des Gesetzes vergingen weitere fünf Jahre. Die Verzögerung war dadurch bedingt, dass die Verfasser des Gesetzentwurfs großen Wert auf eine



ausgewogene und repräsentative Zusammensetzung der Berufskammer gelegt hatten. Erst mit dem Gesetz vom 22. Januar 1964 erblickte die CHFEP das Licht der Welt. Im darauffolgenden Jahr fanden die ersten Sozialwahlen im öffentlichen Dienst statt. Rund 20 Jahre später erhielt die CHFEP das legislative Initiativrecht.

Seit ihrer Gründung setzt sich die CHFEP im Schulterschluss mit der CGFP für die Rechte und Interessen der öffentlich Bediensteten ein. Aus einem vermeintlichen Dualismus zwischen den Berufskammern und den Berufsverbänden bzw. den Gewerkschaften habe sich eine echte Komplementarität entwickelt, betonte Wolff. Als Institution müsse sich die CHFEP bei ihren Gutachten eine größere Zurückhaltung auferlegen als eine Gewerkschaft. Eine Arbeitnehmerorganisation könne forscher an die Sache herangehen und verfüge über ganz andere Handlungsmöglichkeiten.

Mahnende Worte des Premierministers

Premierminister Luc Frieden, der sich als „oberster Chef aller Staatsbeamten“ an die Zuhörer wandte, sprach den Bediensteten einen Dank aus. Sie seien ein Garant für einen „gut organisierten, gut verwalteten und unparteiisch geführten Staat“. Gleichzeitig setzte der Regierungschef in seiner Rede empfindliche Nadelstiche gegen den öffentlichen Dienst. Bei seinem Plädoyer für eine administrative Vereinfachung und ein Bürokratieabbau bestätigte Frieden, dass der Personalbestand beim Staat in den kommenden Jahren nicht mehr in dem gleichen Maße steigen werde wie bisher.

Als Gastredner befasste sich Professor Dr. Jörg Gerkrat, Verfassungsrechtler und Experte für öffentliches und europäisches Recht an der Universität Luxemburg, in seinem kritischen Referat mit dem Thema „Rechtliche Stellung und Unabhängigkeit der Beamtenkammer infolge der jüngsten Verfassungs- und Gesetzesänderungen.“ Der Redner gab interessante Denkansätze über ein eigenes Statut für die Berufskammern

Fortsetzung siehe Seite 8





Rund 200 eingeladene Gäste wohnten der akademischen Feier zum 60-jährigen Bestehen der CHFEP bei, unter ihnen der langjährige CHFEP-Vorsitzende Joseph Daleiden, umgeben von seinem Sohn Guy Daleiden und dem ehemaligen SPAL-Präsidenten Patrick Frantz.

Fortsetzung von Seite 7

und mögliche Umsetzungsszenarien, die zu mehr Rechtssicherheit und Verfassungskonformität führen könnten.

Zum Schluss des offiziellen Teils wurde eine groß angelegte Medienkampagne vorgestellt, mit der die CHFEP die Stimmberechtigten dazu ermutigen will, bei den Sozialwahlen im

Frühling von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen. Im März 2025 werden die aktiven und pensionierten Staatsbediensteten aufgefordert, per Briefwahl die 29 Vollmitglieder der CHFEP sowie deren Stellvertreter zu wählen. Die Amtszeit der Mandatsträger dauert fünf Jahre. Zurzeit hat die CGFP 21 der 22 Sitze inne, die dem öffentlichen Dienst zustehen. Vier der fünf Sitze, die dem

kommunalen Sektor vorbehalten sind, werden vom CGFP-Kooperationspartner CGFP belegt.

Neben den feierlichen Ansprachen bot das Blechbläserquintett der Militärmusik ein gediegenes, dem Jubiläum angemessenes musikalisches Rahmenprogramm. Abgerundet wurde die 60-Jahr-Feier mit einem Cocktail-Dinner in geselliger Runde. **Max Lemmer**



Fokus auf die CGFP-Haftpflichtversicherung

Als Mitglied der CGFP haben Sie die Möglichkeit über CGFP-Assurances eine Haftpflichtversicherung (RC) für Berufs- und /oder Privatleben zu besonders günstigen Bedingungen abzuschließen.

Was deckt die berufliche Haftpflichtversicherung?

Die Haftpflichtversicherung für das Berufsleben deckt mögliche Schadensfälle vom Versicherten gegenüber Drittpersonen, die ausschließlich im Rahmen der Ausübung seines Berufes passieren.

Was deckt eine Haftpflichtversicherung für das Privatleben?

Mit einer Haftpflichtversicherung für das Privatleben kann sich der Versicherte gegen Sach- und Personenschäden absichern, die er, sowie alle Personen, die dauerhaft bei ihm wohnen, Drittpersonen unabsichtlich verursachen.

Wozu dient eine Rechtsschutzversicherung?

Die Rechtsschutzversicherung garantiert die Bereitstellung der gesetzlich vorgesehenen Maßnahmen zur Verteidigung bei Konflikten vertraglicher oder nicht vertraglicher Art.

Drei verschiedene Deckungsarten stehen Ihnen zur Auswahl:

Risiko A 12 € / Jahr / Versicherter

Berufshaftpflicht mit Rechtsschutz für den Versicherten

Risiko B 39 € / Jahr / Haushalt

wie Risiko A

+ Privathaftpflicht mit Rechtsschutz (im Falle eines Haftpflichtschadens) für den gesamten Haushalt des Versicherten

Risiko C 65 € / Jahr / Haushalt

wie Risiko B

+ erweiterter Rechtsschutz für das Einklagen oder die Verteidigung bei einer Reihe vertraglicher und nichtvertraglicher Konflikte



Weitere Informationen sowie Anmeldeformular finden Sie unter www.cgfp-services.lu

CGFP: Deutliche Worte an die Budgetberichterstatterin

Finanzminister Gilles Roth stellte am vergangenen 9. Oktober den Haushaltsentwurf 2025 vor. Im kommenden Jahr soll das Budgetdefizit auf 1,29 Milliarden Euro sinken. Dies sind 500 Millionen Euro weniger als im März dieses Jahres vorhergesagt wurde. Die Staatsschulden sollen sich bei 27,5 % des Bruttoinlandsprodukts einpendeln und bis 2028 auf 26 % sinken. Das Wirtschaftswachstum soll nächstes Jahr 2,7 % betragen.

Gemäß einer langjährigen Tradition hat die diesjährige Budgetberichterstatterin Corinne Cahen den Fokus auf ein hochaktuelles Thema gelegt, das die Zukunft prägen wird: die Künstliche Intelligenz. Welche Auswirkungen wird KI für die Bürger, den Staat, die Wirtschaft und somit auf den Staatshaushalt haben? Über all diese Fragen tauschte sich Cahen mit mehr als 90 Gesprächspartnern aus. Am vergangenen 28. November traf sie die CGFP-Exekutive.

Auch wenn mit KI neue Chancen einhergehen, birgt die neue Technologie in den Augen der CGFP auch Risiken. Damit der digitale Wandel nicht aus den Fugen gerät, ist ein regulatorischer Rahmen erforderlich. Zudem muss verstärkt Wert auf Weiterbildung, Re- und Upskilling gelegt werden. Die Digitalisierung der öffentlichen Dienstleistungen muss zu einer Vereinfachung der Verfahren führen. Die konkrete Umsetzung darf jedoch keineswegs eine zusätzliche Last für das Personal der staatlichen Behörden nach sich ziehen. Für die CGFP versteht es sich von selbst, dass der verstärkte Einsatz von KI nicht zu einem Verlust von Arbeitsplätzen bzw. zu einem Einstellungsstopp beim Staat führen darf.

Für eine zügige Umsetzung der Steuerreform

Für die CGFP ist es unverständlich, dass die Steuerreform immer noch auf sich warten lässt. Nach der von der vorigen Regierung geleisteten Vorarbeit hätte man davon ausgehen können, dass dieses wichtige Vorhaben zügiger umgesetzt wird. Im Allgemeinen bleibt die CGFP der Ansicht, dass das Kapital im Vergleich zu den Privathaushalten zu wenig besteuert wird. Im Jahr 1986 lag die Körperschaftssteuer noch bei 40 %. Ab dem kommenden Jahr wird diese nur noch 16 % betragen, sodass die natürlichen Personen inzwischen mehr als drei Viertel der Steuerlast schultern müssen.

Erfreut zeigt sich die CGFP hingegen darüber, dass die Regierung mehrere langjährige CGFP-Forderungen erfüllt hat. Dazu gehören u.a. die Steuererleichterungen im Bereich der Steuerklasse 1A und der erhöhte Schuldzinsenabzug beim Erwerb eines Wohneigentums.

Bei der Bekämpfung der Wohnungskrise zweifelt die CGFP jedoch daran, dass die eingeleiteten punktuellen Maßnahmen auch wirklich bei jenen Bürgern ankommen, die am meisten auf Hilfe angewiesen sind. Die vorübergehende Halbierung der Eintragsgebüh-



ren ist grundsätzlich ein Schritt in die richtige Richtung. Schleierhaft bleibt jedoch, warum sich der dafür vorgesehene Zeitraum lediglich über neun Monate erstreckt. Zudem kommen all diejenigen, denen kein Darlehen gewährt wird, nicht in den Genuss dieser Ermäßigung. Die CGFP fordert deshalb, dass bei einer Erstsanschaffung für eigene Wohnzwecke die „frais d'enregistrement“ entfallen.

Auch bei der temporären Erhöhung des „Bëllegen Akt“ haben viele Bürger das Nachsehen. Handlungsbedarf sieht die CGFP zudem bei den Bausparverträgen. Die Altersgrenze von 40 Jahren für die Verdoppelung des Höchstbetrags der steuerlich absetzbaren Beiträge bei einem Bausparvertrag gehört abgeschafft. Des Weiteren soll eine einheitliche Obergrenze eingeführt werden, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass viele junge Menschen später ins Berufsleben eintreten.

Neben der exorbitanten Entwicklung der Wohnungspreise macht auch der drohende Preisanstieg der Energiekosten immer mehr Bürgern zu schaffen. Nach Überzeugung der CGFP hätte der bei der Tripartite beschlossene Energiepreisdeckel im vollen Umfang bis Ende kommenden Jahres verlängert werden müssen.

Mit Bedauern stellt die CGFP fest, dass das Kapitel im Haushaltsgesetz, das dem öffentlichen Dienst gewidmet wird, äußerst spärlich ist. Laut OECD-Angaben zeigen sich 84 % der Befragten sehr zufrieden mit den staatlichen Dienstleistungen. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, muss der Staat die dafür notwendigen finanziellen und personellen Mittel erhalten. Nur so kann der Dienst am Bürger auf eine zufriedenstellende Art und Weise weiterhin ge-

währleistet bleiben. Außerdem spricht sich die CGFP gegen jegliche Privatisierungstendenzen im Staatsdienst aus. Nach wie vor werden öffentliche Einrichtungen mit privatrechtlichen Kriterien geschaffen. Diese Praxis muss beendet werden.

Gegen eine Aushöhlung des öffentlichen Statuts

Das jüngste Haushaltsgesetz sieht vor, dass der „Service de sécurité“ im Staatsdienst mit der Gewerbeinspektion ITM zusammengelegt wird. Dieses Vorhaben wurde ohne Rücksprache mit der CGFP heimlich ausgearbeitet. Dabei handelt es sich um einen weiteren Versuch, das öffentliche Statut zu untergraben. Für die CGFP ist dies nicht hinnehmbar.

Bezugnehmend auf die aktuelle Renten-debatte stellte die CGFP bei ihrem Treffen mit der Budgetberichterstatterin klar, dass sich die Regierung diese Diskussionen hätte ersparen können. An die CSV-DP-Koalition geht die ausdrückliche Warnung, keine unüberlegte Reform des Renten- und Pensionssystems im Alleingang zu beschließen.

ml

WERDEN SIE NOCH HEUTE
MITGLIED!



CONFÉDÉRATION GÉNÉRALE
DE LA FONCTION PUBLIQUE

Boîte postale 210
L-2012 LUXEMBOURG





Ist die Welt verrückt geworden?

Und können wir wirklich nichts daran ändern?

Offensichtlich haben wir politisch ein ernsthaftes und weitreichendes Problem, das wir nicht totschweigen sollten. Die westliche Demokratie ist bedroht und steht vielerorts auf der Kippe.

Und dies nicht erst, seit eine Mehrheit der amerikanischen Wähler dem Hochstapler und Schwindler Donald Trump das Vertrauen geschenkt hat, jemandem, der einen Impfgegner als Gesundheitsminister, einen Klimawandel-Leugner und „Fracking-Champion“ als Energieminister, eine Russland- und Iran-Sympathisantin als Geheimdienstchefin nominieren will und nur knapp daran gehindert wurde, einen Übeltäter zum Justizminister zu ernennen.

Nun soll der reichste Mann der Welt für Trump einen schlanken Staat schaffen, und er plant die Staatsausgaben um 30 % zu senken, indem ein Viertel der staatlichen Arbeitsplätze abgebaut werden. Wir bleiben im Unklaren darüber, was mit der Ukraine und der NATO geschieht und ob die USA verlässliche Alliierte und somit unsere traditionellen Freunde bleiben.

In Europa gibt es einen Aggressionskrieg ohne Perspektive auf ein Ende der feindseligen Handlungen. Putin setzt nordkoreanische Soldaten als Kanonenfutter ein und droht uns mit Atomwaffen. EU- und NATO-intern ist die einstimmige Beschlussfähigkeit durch die Putin-Versteher und -Freunde Orban und Erdogan blockiert. Zudem droht ein chinesisch-amerikanischer Handelskrieg mit unübersehbaren Konsequenzen für Europa und auch angesichts der internationalen Arbeitsteilung und des „Just in time“-Managements ist ein neuer Zusammenbruch des internationalen Handels und der grenzüberschreitenden Lieferketten nicht auszuschließen.

Auch in Westeuropa stehen die Zeichen auf Sturm, mit Neofaschisten in der italienischen Regierung und anderen Rechtsextremisten, die in den Niederlanden, Österreich, Skandinavien und Osteuropa an der Macht beteiligt sind. In Deutschland sind AfD und die Wagenknecht-„Truppe“ gestärkt und befinden sich auf dem Vormarsch. Nach dem Zusammenbruch einer schon seit Langem handlungsunfähigen Dreierregierung stehen jetzt vorzeitige Wahlen an. Belgien hat seit Monaten kein Kabinett, nachdem die vorherige Koalition aus

sieben (!!!) verschiedenen Parteien bestand. Dem französischen Präsidenten vertrauen nur noch gut 20 % seiner Landsleute. Das Parlament ist in drei geteilt ohne jegliche Koalitionsbereitschaft, und das Land unregierbar, ebenfalls ohne handlungsfähige Regierung aber mit einer ausufernden Staatsverschuldung.

Zum Teil verstummt der Dialog zwischen den Nationen, weil vielerorts egomane Autokraten und egoistische Plutokraten regieren, und überall gewissenlose Populisten das Ausland zum Sündenbock für alles machen. Demokratie, Meinungsfreiheit, Dialog und Rechtsstaat werden durch professionelle Meinungsmanipulation und Fake News, Internet-Trolle und Spindoktoren, Dialogverweigerer und Extremisten der unterschiedlichsten Gattungen zurückgedrängt. Xenophobie, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Intoleranz jeder Art haben Hochkonjunktur.

Auf den ersten Blick scheint diese Problemlage so vielschichtig und auch lokal so verschiedenartig zu sein, dass eine generelle Lösung undenkbar erscheint, weil es nicht einen präzisen Protestgrund gibt, sondern eher tausend verschiedene, mit oft entgegengesetzten Motiven und Anliegen. Die Immigrationsgegner, die „Gilets jaunes“, die Protestbauern, die Klimakleber, die Reichsbürger, sie alle haben zwar einen jeweils anderen Vorwand für ihre Proteste. Ihre Gemeinsamkeit besteht jedoch darin, dass sie sich als „Loser“ fühlen und meistens auch wirklich echte Verlierer sind, die ständig als willige Mitläufer für jeden Unfug, als Handlanger und Unterstützer für alle Manipulierer bereitstehen.

Und das ist der Punkt, den wir beachten sollten, wenn wir nicht kapitulieren wollen. Manche Protestbewegungen und Veranstaltungen sind berechtigt, verständlich und nachvollziehbar und finden auch Anhänger unter normalen, anständigen Menschen. Doch alle politischen Auswüchse sind das Werk von ideologischen oder egomanen Manipulierern, welche Ängste, Frust und Verunsicherung bei den sozial Schwachen ausnutzen, um Unruhe und Chaos zu stiften und ihr politisches Süppchen zu kochen. Man muss dabei aber festhalten, dass der generell herrschende Frust real ist, ob echt begründet oder propagandistisch hochgezüchtet.

Und die Wegbereiter dieser generellen Katastrophe sind oft die Entscheidungsträger in Politik und Wirtschaft. In den letzten Monaten war das Benehmen der Parteien unserer Nachbarländer in einem unerträglichen Ausmaß durch reines Ideologie- und Prestigegehabe, Kompromisslosigkeit, Dialogverweigerung und allgemeine Verantwortungslosigkeit geprägt. Das sind keine Indizien mehr, sondern schon klare Beweise dafür, dass sich dort die Politik mehr für Machtspielchen als für das Wohl der Menschen interessiert, und sich nicht länger scheut, dies offen zu zeigen.

Die verheerenden Auswirkungen davon auf Menschen in Not und Bedrängnis werden von der politischen Spitze sowie auch von fast der gesamten Intelligenzia und Elite nicht bemerkt. Tatsache ist nämlich, dass viele „einfache“ Bürger als Vergessene und Benachteiligte dazu verleitet werden, sich nach Rattenfängern umzusehen, die eine radikale Änderung versprechen. Die Konsequenzen davon haben leider eine politische Langzeitwirkung.

Eine verantwortungsvolle Haltung gegenüber soliden bundesdeutschen Staatsfinanzen in Ehren, aber ist die abstrakte Schuldenbremse wirklich ein ethischer Imperativ oder auch nur eine akzeptable, nachvollziehbare Zielsetzung, welcher man kaltblütig krasse Kinderarmut und Rentnerelend opfern kann, oder deretwegen man die Reparatur maroder, auffälliger und lebensbedrohender Brücken und vieles mehr vernachlässigt? Muss dem dubiosen Ideal eines schlanken Staates die gesamte Sozialpolitik und alle Menschlichkeit geopfert werden, wie es ordoliberalen Ultras offen verlangen und leider auch unzählige Lobbyisten und Patronatsvertreter tolerieren oder gar unterstützen?

Es gibt viele hehre und noble Anliegen, denen man huldigen kann, doch die Arbeitslosen, die Eltern armer Kinder, alle Menschen in relativem Elend und mit Zukunftssorgen bringen auch in unserem Land kein Verständnis auf für den prioritären Eifer um gendergerechte Sprache, Artenvielfalt, Velo-versus-Baum-Debatten, Cannabislegalisierung, Ausländerwahlrecht oder nachdrückliche Forderungen für Gleichstellung in Gremien, die nur den oberen Zehntausend vorbehalten sind, und für vieles Ähnliches mehr. Im täglichen Politikdiskurs

werden dadurch nämlich die gerechtfertigten, oft lebenswichtigen Erwartungen und Ansprüche des „einfachen“ Volkes ständig verdrängt und auch im praktischen Handeln verschleppt und vergessen.

Und dabei kann das, was diese Menschen für skandalöse Schickimicki-Debatten halten, noch so legitim sein. Das nämlich ist nicht die relevante Frage, wenn so vieles Gutgemeinte unbeabsichtigt extremen politischen Schaden anrichtet und unsere Gesellschaft spaltet. Die Amerikaner haben Trump gewählt, nicht weil dieser sich als Rüpel aufführt und Unfug verzapft, sondern vielmehr trotz alldem. Sie ließen sich leider davon überzeugen, dass Trump mit den unerträglichen Ungerechtigkeiten aufräumen würde. Was er selbstverständlich nicht tun wird.

Weil seit Jahren die Machthaber europaweit den sozialen Anliegen nicht genügend Vorrang gegenüber Prestigeausgaben und Klientelpolitik geben und sie sich vorwiegend um ihr persönliches Erscheinungsbild und den nächsten Wahltermin kümmern, ist die Demokratie bedroht. Die aktuellen Krisen sind kein Produkt des Zufalls, sondern politisch geschaffen.

Was aber müsste jetzt geschehen, in Europa und bei uns? Die Bettler haben keine Lobby, und ihr traditioneller Fürsprecher hierzulande, die Caritas, ist nun zahlungsunfähig und scheidet aus. IDEA aber, die Propagandaschmiede der Handelskammer, verfügt über ein Jahresbudget von 800.000 Euro, was sie inzwischen zu einem Vordenker der Nation gemacht hat.

Und in Brüssel sitzen 50.000 EU-Lobbyisten, ein Viertel mehr als es dort EU-Beamte gibt! Ein offensichtlicher Grund für die politische Schräglage bei den sozialen Entscheidungen. Es ist keine Meinung oder Behauptung, sondern eine statistisch erwiesene Tatsache, dass der

Abstand zwischen Arm und Reich seit Jahren ständig wächst.

Offensichtlich ist Luxemburgs Demokratie weniger stark bedroht als jene in anderen Ländern. Mit Sicherheit, weil hier weniger Austerität vom Staat durchgezogen wurde. Aber auch bei uns gibt es viele „Loser“, Menschen, die (selbst verschuldet oder nicht) hilfsbedürftig sind oder Probleme haben, in der heutigen Welt zurechtzukommen.

Ihr Eindruck düsterer und schwindender Zukunftschancen ist allzu oft gerechtfertigt. Deswegen sind es nicht nur die körperlich und geistig Behinderten, die zunehmend öffentliche Zuwendung und Unterstützung brauchen, sondern auch die steigende Zahl der wenig produktiven und schwer zu vermittelnden Arbeitnehmern, der Nichtqualifizierten und der funktionalen Analphabeten sowie der digital abgehängten Personen.

Die Verantwortlichen unseres Landes, die dies erkannt haben, müssen im sozialen Sinne weiter agieren. Sozialpolitik muss eine hohe Priorität behalten, egal wie die Staatsfinanzen aussehen. So eminent wichtig AAA auch ist, eine verfrühte hysterische Debatte zu einer 30 %-Staatsverschuldung als Argument gegen Sozialausgaben zu benutzen, ist pure Demagogie und zeugt von primitivem Extremismus. Luxemburgs Staatsverschuldung ist erwie-senermaßen eine der niedrigsten der ganzen Welt.

Hohe Investitionen in die öffentlichen Strukturen sind für die ökonomische und soziale Zukunft unseres Landes sehr wichtig, doch eine robuste Sozialpolitik ist auch eine Investition in unsere Gesellschaft und ihren Zusammenhalt sowie in die Demokratie.

Selbstverständlich darf der Indexmechanismus nicht infrage gestellt werden, aber darüber hinaus müssen der Mindestlohn sowie auch alle wesentlichen Sozialhilfen (REVIS-Zahlungen,

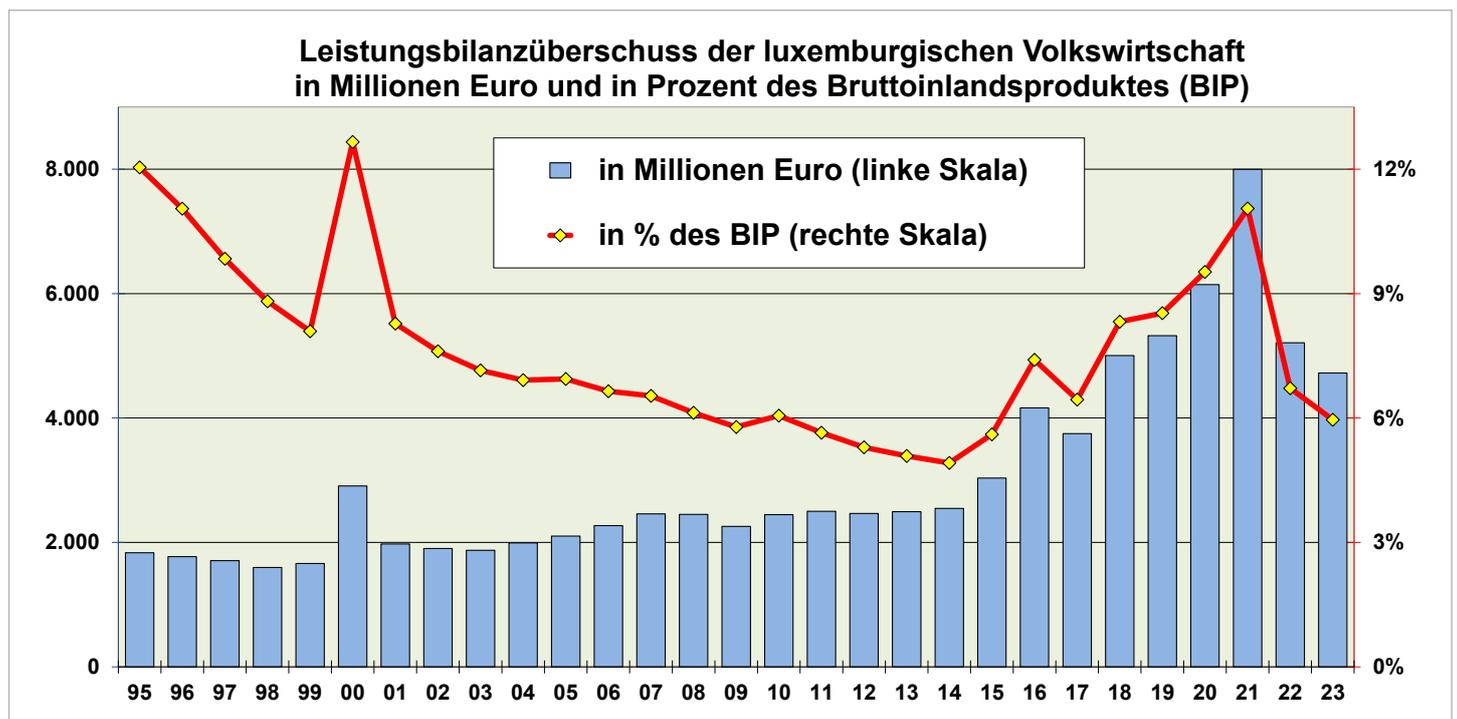
Teuerungszulagen, Familiengeld, Mietbeihilfen usw.) regelmäßig real aufgewertet werden. Denn die Obdachlosen sowie die Suppenküchen- und Cent-Läden-Kunden sind ja nur die sichtbare Spitze eines Eisbergs, der inmitten unseres Wohlstandes weiterwächst.

Die Leistungen des Rentensystems und der Krankenkassen dürfen nicht Sparmaßnahmen zum Opfer fallen, die nur auf hochspekulativem Zahlenjonglieren beruhen. Wir dürfen nicht auf jene Chefvolkswirte, Lobbyisten und Bürokraten hören, die versuchen, den Irrglauben zu verbreiten, die Volkswirtschaftslehre und die Marktmechanismen könnten uns zeigen, wie der Kuchen verteilt werden muss, wenn Luxemburg als Land nicht untergehen will.

Dass diese Herrschaften mit all ihren Argumenten und Berechnungen nämlich nur egoistische Desinformation betreiben, wird klar durch die Zahlen unserer Leistungsbilanz belegt, welche alle Exporte und Importe der Wirtschaft gegenüberstellen und dabei beweisen, dass kaum ein Land der Welt eine so robuste Ökonomie hat wie wir. Es ist daher unsere Pflicht, den „Propheten des Geizes“ offen Paroli zu bieten. Wir können und müssen uns eine solide Sozialpolitik leisten, und die meisten Gutverdienenden haben dabei durchaus auch Verständnis für eine nachhaltigere Selektivität von Regierung und Parlament.

In Luxemburg hat man es bisher – Gott sei Dank! – immer wieder geschafft, die turbuliberalen Forderungen gewisser Lobbyisten und Interessensvertreter zurückzuweisen. Unseren Politikern jeglicher Couleur sei dafür gedankt. Sie sollten sich stets daran erinnern, dass es dabei auch um den Erhalt der Demokratie geht, zumindest in diesem Land. Denn an dem, was die Amerikaner oder unsere Nachbarn tun, können wir ja wenig ändern.

Paul Zimmer



Eine überschüssige Leistungsbilanz beweist, dass die Volkswirtschaft eines Landes mehr Güter und Dienstleistungen exportiert als importiert, dass das Land insgesamt also mehr produziert als es verbraucht und dass es somit nicht über seine Verhältnisse hinaus lebt. Der ständige luxemburgische Leistungsüberschuss belegt eine hohe Produktivität und vor allem eine überlegene, generelle Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland.



Ihr direkter Link zur
Terminvereinbarung.
Wir freuen uns auf Sie:
info-lux@bhw.lu

Gut wohnen heißt: gut beraten sein

BHW – Ihr Partner für die eigenen vier Wände

Wohnen ist alles: Leben, Zukunft, Sicherheit. Machen Sie Ihren Traum vom Eigenheim wahr und arbeiten Sie mit einem Partner zusammen, der es versteht, Sie bedarfsgerecht zu unterstützen.

Die CGFP ist der Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst. Als Mitglied der CGFP profitieren Sie von Top-Konditionen, attraktiven Vorzugsdarlehen und von steuerlichen Vorteilen – abhängig von Ihrer individuellen Einkommenssituation für Ihren eigenen Wohnraum.

Am besten Sie sprechen noch heute unverbindlich mit einem BHW Berater über Ihre Möglichkeiten. Nutzen Sie einfach den Link oder rufen Sie die CGFP Hotline 473651 an.